

Beschluss

In dem Ermittlungsverfahren

gegen **Benjamin Michaelis**
geboren am **15.01.1988 in Bad Saarow-Pieskow**
wohnhaft in **derzeit unbekannt**

wegen des Verdachts der Hinterziehung von

**Körperschaftsteuer
Umsatzsteuer
Gewerbesteuer**

**für das Kalenderjahr 2013 im Versuch
für das Kalenderjahr 2013 im Versuch
für das Kalenderjahr 2013**

jeweils zu Gunsten des Vereins "Ganzheitliche Wege e.V.";

- Steuerstraftaten nach §§ 369, 370 Abgabenordnung (AO) -

wird auf Antrag des Finanzamtes Halle (Saale) gem. §§ 102, 105 Strafprozessordnung (StPO) die Durchsuchung der Wohnung und der dazugehörigen Nebenräume

in 06886 Wittenberg, Coswiger Straße 7/Schloßstraße 29
06886 Wittenberg, Schloßstraße 29

der Person des Beschuldigten sowie der ihm gehörenden Sachen und Bankbehältnisse und der Fahrzeuge, für die er im Besitz der Schlüssel und/oder Papiere ist sowie insbesondere der auf ihn zugelassenen Fahrzeuge angeordnet.

Diese Anordnung erfasst auch Anschriften und Aufenthaltsorte des Beschuldigten, die erst im Laufe der Maßnahme bekannt werden.

Es ist zu vermuten, dass die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln, die für die Untersuchung von Bedeutung sein können, führen wird.

Als Beweismittel kommen insbesondere in Betracht:

Buchführungsunterlagen (Bücher, Konten, Belege), Aufzeichnungen über Einnahmen oder Ausgaben; Kontoauszüge einschließlich deren Anlagen; andere Bankbelege, Schriftwechsel sowie sämtliche Unterlagen, aus denen die Entstehung oder die Verwendung von Einkünften oder Vermögenswerten des Vereins "Ganzheitliche Wege e.V." ersichtlich ist. Schriftverkehr zwischen den Vereinsmitgliedern sowie dem weiteren Vorstand, Gründungsunterlagen, Verträge.
Dies umfasst auch die in elektronischer Form gespeicherten Dokumente einschließlich gelöschter Dateien.

Die Beweismittel sind zu beschlagnahmen oder in anderer Weise sicherzustellen.

Die Sicherstellung bezieht sich grundsätzlich auf den Zeitraum 01.01.2009 bis 31.12.2013. Sollten Unterlagen außerhalb dieses Zeitraums aufgefunden werden, die von Bedeutung für den Ermittlungszeitraum sind, sind diese ebenfalls sicherzustellen.

Begründung:

Der Beschuldigte steht im Verdacht, durch Nichtabgabe gebotener Steuererklärungen die Finanzbehörde über steuerlich erhebliche Tatbestände getäuscht und dadurch Steuerverkürzungen bewirkt zu haben.

Mit Bekanntgabe des Körperschaftsteuerbescheides für das Jahr 2008 bestand für den Vorstand des Vereins "Ganzheitliche Wege e.V." die Verpflichtung zur Abgabe der Körperschaft-, Umsatz- und Gewerbesteuererklärungen für die Jahre ab 2009.

Dieser Verpflichtung wurde wie folgt nicht nachgekommen.

- 2009 Nichtabgabe ohne Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen
Schätzung der Besteuerungsgrundlagen mit Bescheiden vom 27.06.2013
- 2010 Nichtabgabe ohne Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen
Schätzung der Besteuerungsgrundlagen mit Bescheiden vom 27.06.2013
- 2011 Nichtabgabe trotz Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen mit Schreiben vom 05.07.2012
Schätzung der Besteuerungsgrundlagen mit Bescheiden vom 27.06.2013
- 2012 Nichtabgabe trotz Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen mit Schreiben vom 01.08.2013
Schätzung der Besteuerungsgrundlagen mit Bescheiden vom 04.02.2014
- 2013 Nichtabgabe trotz Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen mit Schreiben vom 03.07.2014

Herr Benjamin Michaelis ist ab dem Zeitpunkt seiner Bestellung zu Vorstand des Vereins "Ganzheitliche Wege e.V." (07.10.2013) eine der verantwortlich handelnden Personen. Für ihn bestand die Verpflichtung, entsprechende Steuererklärungen für den VGW beim zuständigen Finanzamt Wittenberg einzureichen.

Die Anordnung der Durchsuchung dient zur Auffindung und Sicherstellung von Beweismitteln, um den Umfang der Steuerverkürzungen zu ermitteln.

Die Maßnahme steht im angemessenen Verhältnis zur Schwere der Straftat sowie zur Stärke des Tatverdachts.

Rechtsbehelfsbelehrung :

- 1) Gegen diesen Beschluss können Sie das Rechtsmittel der Beschwerde einlegen.
- 2) Die Beschwerde ist schriftlich in deutscher Sprache oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Gericht, das den Beschluss erlassen hat, einzulegen. Sofern Sie sich nicht auf freiem Fuß befinden, können Sie die Beschwerde auch zu Protokoll der Geschäftsstelle des Amtsgerichtes geben, in dessen Bezirk die Anstalt liegt, in der Sie auf behördliche Anordnung verwahrt sind.
- 3) Das Gericht kann über die Beschwerde ohne mündliche Verhandlung entscheiden.

Westerhoff
Richterin am Amtsgericht

Ausgefertigt,
Halle (S), den 19.11.2014

Urkundsbeamte der Geschäftsstelle

